

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Wöchentlich 6 mal / Bezugspreis: Monatl. 1.56 RM., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt ob. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Teleg.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum 15 Pf., die Reklamezeile 45 Pf. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintr. ob. Konkursen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold

Nummer 266

Altensteig, Montag den 14. November 1927

51. Jahrgang

Aufziehende Wirtschaftsgewitter

Eine Folge des Reparationsstriffwechsels zwischen Parker Gilbert und der Reichsregierung ist, wie es scheint, bereits eingetreten: den öffentlichen Körperschaften, Ländern und Gemeinden ist es gegenwärtig so gut wie unmöglich, ihren Anleihebedarf oder doch das, was sie darunter verstehen, zu befriedigen. Der innere Kapitalmarkt hat so gut wie gar keine Reserven, was sich am deutlichsten an den außerordentlich gesunkenen Pfandbrief-Emissionen während der letzten Monate zeigt. Der Kapitalmarkt des Auslandes aber hält sich dem deutschen Anleihebedürfnis gegenüber außerordentlich stark zurück, und es hilft dabei nichts, daß wir uns in Deutschland darüber klar sind, daß er dabei weit über das Ziel hinausschießt.

Das alles muß natürlich seine Rückwirkungen auf die deutsche Wirtschaft haben, die ja zu einem nicht unerheblichen Teil mit Aufträgen der öffentlichen Hand „angekurbelt“ worden ist. Sie selbst ist unmittelbar von der Geldkrise her zwar nicht bedroht, da nach maßgeblichen Äußerungen amerikanischer Finanzmänner der deutschen Privatwirtschaft auch weiterhin die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Beweis dafür ist die glatte Unterbringung der Anleihe des Norddeutschen Lloyd zu einem verhältnismäßig günstigen Emissionskurs und Zinssatz. Fallen aber die Aufträge von Ländern und Gemeinden, die bisher in großem Umfange gegeben worden sind, weg, dann muß das bei einer ganzen Anzahl von Industrien sehr empfindlich fühlbar werden, soweit es nicht gelingt, für die entstehenden Lücken anderwärts neue Aufträge in möglichst gleichem Umfange hereinzuholen.

In Frage kommt hierbei an sich nur das Ausland, da aus dem inneren Markt kaum mehr herauszuholen ist als gegenwärtig. Aber gerade in dieser Beziehung haben sich in der letzten Zeit die Verhältnisse trotz steigender Ausfuhrziffern nicht unbeträchtlich für die deutsche Gesamtwirtschaft verschlechtert. In einer ganzen Anzahl von Waren, in denen Deutschland mit anderen Nationen im Wettbewerb steht, haben wir die Weltmarktpreise bereits wieder erreicht, in vielen Fällen sogar schon etwas überschritten. Man kann sagen, daß steigende Preise auch ein Zeichen guter Konjunktur seien, und das ist gewiß richtig. Für den inneren Markt mag man sich bedingt einer solchen Erscheinung freuen, für den Wettbewerb im Ausland kann sie unter Umständen verhängnisvoll sein. Die Dinge bekommen ein um so bedrohlicheres Gesicht, als es nach allen bisherigen Anzeichen durchaus den Anschein hat, daß wir uns einer neuen Lohnwelle, deren Ausmaß noch nicht feststeht, nähern. Die nicht ganz glückliche Regie in der Frage der Besoldungsreform hat schon, ehe noch überhaupt die Vorlage der Reichsregierung darüber bekannt war, lebhafte Befürchtungen in allen Lagern der freien Arbeitnehmerschaft ausgelöst, und wenn auch der achtstägige Bergarbeiterstreik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier nicht in einem eigentlichen Zusammenhang mit den Besoldungsreformplänen der Reichsregierung stand und auch nicht mit ihnen begründet wurde, so sind doch gewisse unterirdische Beziehungen zwischen den beiden Erscheinungen für jeden Kenner volkswirtschaftlicher Zusammenhänge außer jedem Zweifel. Dabei ist den verantwortlichen Stellen sowohl bei den Arbeitnehmern wie bei den Arbeitgebern, wie endlich auch den zuständigen Reichsbehörden, nicht einmal ein Vorwurf zu machen, daß sie nicht bei Zeiten Vorbeugung gegen alle schwere Erschütterungen des Wirtschaftslebens und des Wirtschaftsfriedens getroffen hätten. Im Gegenteil, ein großer Teil der Tarifverträge läuft noch bis ins nächste Jahr, zum Teil sogar bis Ausgang 1928. Soweit in dergleichen Abmachungen also überhaupt eine Sicherung der wirtschaftlichen Kontinuität geschaffen werden kann, ist sie unbedingt geschaffen worden. Allerdings ist es nicht ganz unrichtig, wenn von Seiten der Arbeitnehmer eingewandt wird, daß bei Abschluß dieser Tarifverträge der Plan einer Besoldungserhöhung noch nicht bekannt gewesen, zum mindesten jedenfalls noch nicht in sein aktives Stadium getreten sei. An diesem Punkte nun zeigt sich sehr deutlich die Gefahr der Verknüpfung rein wirtschaftlicher Gesichtspunkte mit politischen Momenten im Kampf um die soziale Besserstellung. Wir können vor dieser Ideenverbindung nicht nachdrücklich genug warnen. Kommt es erst wieder einmal dazu, daß soziale Kämpfe in der politischen Arena ausgetragen werden, dann muß das nicht nur zu einer tiefgehenden Zerküftung unseres politischen Lebens führen und unter Umständen auf lange Zeit hinaus alle Wege leiten einer parlamentarischen Neugruppierung verschütten, sondern es würde letzten Endes auch die Konjunktur, aus der allein ja steigende Löhnerträge zu ziehen sind, von der Vertrauens-

seite her abbauen, was umso leichter geschehen kann, als man sich ja allgemein darüber einig ist, daß wie schwachen Rücken unsere Konjunktur steht und wie lässlich sie behandelt werden muß.

Um das württ. Landtagswahlrecht

Zu den Ausführungen des Landtagsabgeordneten Scheef in der Sitzung des württ. Landtags vom 4. November über das bestehende württ. Landtagswahlrecht macht der „Heutlinger Generalanzeiger“ die folgenden beachtenswerten Ausführungen. Sie werden sicher auch bei unseren Lesern Interesse finden, umso mehr als die brennende Frage der Wahlrechtsreform für alle Parteien ohne Unterschied die gleiche Bedeutung hat, parteipolitische Sonderinteressen also völlig ausschleiden.

Die Schriftleitung.

Wir können leider mit der Auffassung des Abgeordneten Scheef, als ob eine Aenderung des Wahlverfahrens nicht möglich und nicht dringlich sei, nach keiner Seite einig gehen. Eine Wahlreform in Württemberg ist nicht nur nötig und möglich, viel mehr noch: sie brennt uns geradezu auf den Fingern. Weiß Herr Scheef nichts davon, daß draußen im Lande in allen Wählerkreisen und ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit unser heutiges Wahlrecht es ist, das eine Hauptschuld trägt an der Unzufriedenheit der Wähler mit dem heutigen parlamentarischen System und der politischen Betätigung überhaupt? Dieses komplizierte und unübersichtliche Wahlverfahren, von dem man heutzutage behaupten kann, daß seine Einzelbestimmungen und seine Auswirkungen noch nicht einmal zum Wissensbestand aller Abgeordneten selbst gehören, hat uns das Wahlrecht in Wirklichkeit längst genommen. Was übrig geblieben ist, ist das bloße Stimmrecht. Der jetzige Zustand der Kandidatenaufstellung durch ein enges Parteipremium bedeutet in Wirklichkeit schon eine Vorwahl, die den Wähler im Lande draußen vor fertige Tatsachen stellt und ihm jede Möglichkeit nimmt, andere als von der Parteileitung vorgezeichnete Persönlichkeiten auf seinen Wahlzettel zu nehmen. Früher durfte er wählen, jetzt darf er nur noch abstimmen. Dabei ist jede Verbindung des Wählers mit seinem Abgeordneten verloren gegangen, und die Wähler erleben das unwürdige Schauspiel, daß man sie vor jeder Wahl auf dem Schachbrett der Wahlartikelmittel hin und her schiebt, d. h. Wahlbezirke konstruiert, die heute aus diesen, morgen aus jenen Oberämtern bestehen. Es war nicht von ungefähr, daß die bairische Regierung den Entwurf ihres neuen Wahlrechts, das vor kurzem Gesetz geworden ist, u. a. damit begründete: „Durch das gegenwärtige Wahlrecht werde tatsächlich die Vorschrift der Verfassung, daß das Wahlrecht unmittelbar sei, nicht mehr erfüllt.“ Daß bei diesem Wahlrecht die gesunde Führerauslese und jeder Nachwuchs politischer Führer gehemmt, ja fast unmöglich gemacht ist, deshalb zu einer Verarmung und Verflachung des politischen Lebens führen muß, das sind weitere Gründe, die an sich schon genügen würden, laut nach einer Wahlrechtsreform auch in Württemberg zu rufen.

Der Abg. Scheef hat mit seiner Meinung jedenfalls nicht die Massen der württembergischen Wähler im Lande hinter sich, und wir erheben deshalb unsere Stimme wachend und verlangend, daß das Kapitel „Wahlreform“ mit diesen Ausführungen im Landtag nicht zur Seite gelegt wird. Auf die Gefühle der einzelnen Herren Abgeordneten in allen Parteien kann dabei keine Rücksicht genommen werden. Das Wahlrecht ist ein Recht des Volkes. Die Art der Kandidatenernennung wie bisher und die Zumutung an die Wähler, mit dem starren, vielmehr namigen Parteizettel sich jedes persönlichen Einflusses zu begeben, muß verschwinden, auch wenn als Schreckbild das Einwahlverfahren früherer Zeiten an die Wand gemalt wird, an dessen Wiedereinführung in alter Form ja kein Mensch ernstlich denkt.

Neues vom Tage.

Die Städte und die Kosten des Reichsschulgesetzes

Berlin, 12. Nov. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat dem Bildungsausschuß des Reichstages eine Eingabe übermittelt, worin er erneut die Forderung betont, daß die Kosten aus der Durchführung des Reichsschulgesetzes den Schulträgern vom Reich ersetzt werden. Nicht die Gemeinden seien es, die die Neugründung von Schulen betrieben, sondern das Reich führe durch das Reichsschulgesetz eine sehr weitgehende Umgestaltung der Verwaltungsgrundlagen der Volksschulen herbei.

Reichskanzler Marx über seine Wiener Reise

Berlin, 12. Nov. Dem Berliner Vertreter der „Neuen Freien Presse“ erklärte Reichskanzler Dr. Marx: Dr. Stresemann und ich legen den größten Wert darauf, die persönlichen Beziehungen zwischen den deutschen und österreichischen Staatsmännern fortzusetzen. Unser Besuch in Wien ist eine Erweiterung des Besuchs des österreichischen Bundeskanzlers in Berlin. Große politische Auseinandersetzungen werden während unseres Wiener Besuchs nicht stattfinden. Wir müssen, weil die Arbeit in Berlin drängt, bald wieder nach Berlin zurückkehren. Bestimmte Fragen haben wir mit der österreichischen Regierung nicht zu erörtern. Wahrscheinlich wird auch vom Entwurf des neuen Strafrechts die Rede sein, das beiden Staaten gemeinsam sein soll. Die deutsch-österreichische Rechtsangleichung wird auf dem Gebiete des Strafrechts wahrscheinlich bald vollkommen sein.

Die Frage der Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums in Amerika

Washington, 12. Nov. Anlässlich einer Besprechung des Arbeitsprogramms von Senat und Abgeordnetenhause wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß die Vorlage über die Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums bald erledigt wird und zwar in der zu Ende des letzten Tagungsabschnitts beschlossenen Form. Voraussetzung dabei ist, daß der Senat dieser Fassung zustimmt. Der „New York Times“ zufolge bringt die Regierung der Eigentumsvorlage besonderes Interesse entgegen.

Rußlands Teilnahme an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz

Genf, 12. Nov. Bekanntlich hatte die Sowjetunion dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt, daß sie an der kommenden Session der vorbereitenden Abrüstungskommission teilnehmen wolle. Gleichzeitig hatte die Sowjetregierung Angaben über das Datum der Eröffnung und die Tagesordnung verlangt. Die gewünschten Auskünfte wurden dann Tschitscherin übermittelt und dieser hat jetzt mit Datum von 10. November an den Generalsekretär beauftragt, daß die Regierung die Einladung zur Teilnahme annehme.

„Journal“ über die französisch-jugoslawischen Verträge

Paris, 12. Nov. „Journal“ charakterisiert den Inhalt des abgeschlossenen französisch-jugoslawischen Bündnis- und Freundschafts-, sowie des Schiedsgerichtsabkommens folgendermaßen: Das Freundschaftsabkommen besteht aus zehn Artikeln. Beide Signatäre verpflichten sich zunächst, nicht zum Kriege zu schreiten, abgesehen von drei Fällen: 1. Berechtigte Verteidigung gegen einen Angriff, 2. Verpflichtung zur sofortigen Hilfeleistung auf Grund von Artikel 16 des Völkerbundsstatuts, 3. Intervention auf Anordnung des Völkerbunds auf Grund Art. 15 Abs. 8 des Völkerbundsstatuts. Das Schiedsgerichtsabkommen besteht aus zwei Teilen und allgemeinen Bestimmungen. Zunächst schließt es formell von dem Schiedsgerichtsverfahren sämtliche Streitigkeiten aus, die vor dem Abschluß dieses Abkommens liegen. Abgesehen hiervon können sämtliche anderen Konflikte nur auf friedlichem Wege gelöst werden. Die Schlichtungskommission zur Regelung dieser Fragen bestche aus je einem Vertreter der beiden Parteien und drei neutralen Delegierten, von denen einer den Vorsitz führt. Sämtliche Konflikte, die nicht auf diplomatischem Wege geregelt werden können und keinen juristischen Charakter haben, sind dieser Schlichtungskommission zu unterbreiten, deren Verfahren in allen Einzelheiten geregelt ist.

Ein italienisches Dementi

Rom, 12. Nov. Der Vodesta von Bozen richtete ein Telegramm an den hiesigen Vertreter der Associated Press, in dem er entschieden die angeblich aus Bozen stammende Nachricht dementiert, daß in Südtirol Befehl gegeben worden sei, die deutschen Grabinschriften von den Friedhöfen zu entfernen.

Rede des Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 12. Nov. Bei der Feier des 50jährigen Bestehens des „Vereins zur Wahrung der Interessen der heimischen Industrie Deutschlands“ hielt Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Es ist eine besonders harte Schule, durch die die deutsche heimische Industrie gehen muß. Wir haben es erlebt, wie ein Teil unserer früheren Absatzgebiete uns verloren gegangen ist, wie diese Länder den Abschluß Deutschlands vom Weltmarkt dazu benutzt haben, sich selbst in wenigen Jahren eine eigene Industrie heranzuziehen, zum Teil



Landtagsabgeordneter Rath über Landes- und Reichspolitik

Die Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei hatte auf Samstag abend in den Saal des Gasthofes zur „Traube“ hier zu einem Vortrag des Landtagsabgeordneten Rath aus Lustnau eingeladen, der über Landes- und Reichspolitik sprach. Der Saal war besetzt, denn Schultheiß Rath ist hier ein guter Bekannter, da er aus dem benachbarten Egenhausen stammt und hierher immer freundschaftliche Beziehungen unterhalten hat. Der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei, Fabrikant Zimmermann, hieß den Redner herzlich willkommen und gab über den zahlreichen Besuch seiner Freude Ausdruck.

Darauf ergriß Landtagsabgeordneter Rath das Wort. Er hob in seinen einleitenden Worten hervor, daß das Schicksal Deutschlands in nächster Zeit und auf eine Reihe von Jahren in der Außenpolitik zu suchen sei. Er erinnerte dabei an die Rede des Reichspräsidenten von Hindenburg in Tannenberg über die Kriegsschuld, und das Echo, das diese Rede bei unseren Gegnern, besonders in Frankreich, gefunden hat. Auch die Ergebnisse der Genfer Tagung hätten gezeigt, daß Frankreich auch heute noch entschlossen sei, die Kriegsschuld Deutschlands aufrecht zu erhalten und die Fesselung Deutschlands weiter bestehen zu lassen. Auch in der Frage der Verminderung der Rheinbesatzung habe Frankreich wieder die größten Schwierigkeiten gemacht. Das Strauben Frankreichs gegen jede Erleichterung in der Besatzungsfrage habe seinen Grund darin, daß es ein Ost-Locarno anstrebe und gegen Erleichterungen am Rhein Zugeständnisse im Osten wolle. Er halte es aber für ausgeschlossen, daß in Deutschland sich jemals eine Regierung finde, die für Erleichterungen in der Rheinbesatzung Zugeständnisse an Polen mache. Es sei unser gutes Recht, Erleichterungen in der Besatzungsfrage zu verlangen, nachdem wir in vollem Umfange abgerüstet haben. In Genf habe es sich gezeigt, wie sehr Polen bemüht sei, sich Sicherungen im Westen zu verschaffen. Es sei der deutschen Diplomatie gelungen, diese Gefahr zu beseitigen. Bei den Verhandlungen in Genf hätten viele Deutsche gewünscht, daß unsere Vertreter dort eine deutlichere Sprache geführt hätten, aber es sei dies offenbar nach Lage der Situation nicht möglich gewesen, und so habe man dies verschoben, bis einmal der Zeitpunkt hierfür gekommen sei. Die Außenpolitik Stresemanns sei Allgemeinut des deutschen Volkes geworden. Da wir eine Nation seien, die keine Macht mehr hinter sich habe, so müssen wir uns in heißen Kämpfen emporarbeiten. Man dürfe aber das Vertrauen zu unserem Volke haben, daß es, wenn einmal der Zeitpunkt gekommen, entschlossen sei, eine neue Schicksalswendung herbeizuführen. Der Redner erwähnte bei Besprechung der Außenpolitik noch den mit Frankreich nach langwierigen Verhandlungen abgeschlossenen Handelsvertrag. Dieser habe zwar noch verschiedene Schönheitsfehler, aber es bestehe Hoffnung, daß diese nach und nach beseitigt werden können.

Der Redner ging dann zur Reichspolitik über und referierte über die verschiedenen in Vorbereitung befindlichen Gesetze. Bezüglich des Beamtenbesoldungsgesetzes führte er u. a. aus, daß die Beamten seit Dezember 1924, abgesehen von kleinen Entschädigungen, keine Erhöhung ihrer Bezüge bekommen hätten. Die Arbeiter und Angestellten hätten dagegen Erhöhungen ihrer Bezüge erhalten. Den Beamten sei sie zwar in Aussicht gestellt, aber die Versprechungen seien bisher nicht erfüllt worden. Nun liege ein Entwurf der Besol-

dungserhöhung vor, der 300 Millionen ausmache. Da verschiedene Steuern sich in ihrer Ergiebigkeit gesteigert hätten, so sei nach Ansicht des Reichsfinanzministeriums durch die Einführung der Beamtengehaltserhöhung eine Erhöhung der Steuern nicht notwendig. Er glaube, daß dies für das Reich zutrefte, nicht aber für die Länder. Infolgedessen haben die Länder den Wunsch, ihren Anteil an den Reichsteuern erhöht zu bekommen. Besonders Bayern verlange eine Erhöhung von 75 auf 80 Prozent seines Anteils an den Reichsteuern. Auch die Gemeinden bedürfen einer Erhöhung ihres Anteils, um den Mehraufwand für die Besoldungserhöhung decken zu können. Die Wirtschaft anerkenne die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beamtengehälter, und auch sämtliche Parteien seien für eine Erhöhung. Es sei auch notwendig, die Bezüge der Beamten so zu bemessen, daß sie ihre Pflicht ohne Not erfüllen können. Im einzelnen sei aber an dem Gelehr manches auszufeheln. Man hätte es einfacher gestalten, und es nicht mit allen möglichen Neuerungen belasten, es nicht so kompliziert machen sollen. Vor dem Mut des Finanzministers müsse man alle Achtung haben. Nur wäre es klüger gewesen, man hätte schon früher eine mäßige Erhöhung der Beamtengehälter eintreten lassen.

Das Reich habe auch zur Vereinfachung der Realsteuern (Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer) ein neues Steuergezet, das Rahmengesetz für das Gewerbesteuer gemacht. Es werde nun von manchen Seiten angesehen, als ob dies ein weiterer Schritt zum Einheitsstaat sei. Die Deutsche Volkspartei glaube, daß die Entwicklung zum Einheitsstaat treibe, das bedeute aber nicht, daß man dazu drängen müsse. Er glaube, daß der Zeitpunkt dazu noch nicht gekommen sei. Man müsse vorher in Norddeutschland mehr Verständnis für süddeutsche Art haben. Auch müsse man die Masse erst davon überzeugen, daß wir in erster Linie Deutsche seien (dann erst Württemberger, Badener oder Bayern). Bayern nimmt ja bekanntlich im Föderalismus eine besondere Stellung ein und arbeitet dem Unitarismus entgegen. Man habe, führte der Redner weiter aus, zuletzt erlebt, daß sich die süddeutschen Staaten haben von Bayern ins Schlepptau nehmen lassen. Es sei dies aber nicht bei allen Fragen günstig und habe uns nur in der Biersteuer genügt. Bismarck habe bei der Reichsgründung die Kulturfragen nicht zur Reichssache gemacht, sondern den Ländern überlassen. Nun liege aber ein Reichschulgesetz vor und zwar sei es schon der siebte Entwurf. Es solle mit diesem Gesetz nun Wirklichkeit werden. Das Schulgesetz werde eine wesentliche höhere Belastung und für Württemberg nichts bringen, was erfreulich sei. Für die katholische Kirche werde es keine Schwierigkeiten bringen, dagegen für das evangelische Volk durch die verschiedenen Sektoren eine Gefahr in sich schließen. Zunächst gehe der Kampf um das Reichschulgesetz weiter, und der Ausgang sei noch nicht zu übersehen.

Das Rentnerfürsorgegesetz, das eine Fürsorge für solche, die durch die Inflation um ihr Vermögen gekommen sind, vorsehe, damit ihr Auskommen gesichert sei, wolle einen Teil des Unrechts wieder gut machen. Man wolle den Geschädigten durch einen Rechtsanspruch entgegenkommen und außerdem den im Ausland durch den Krieg um ihr Vermögen gekommenen Deutschen, die vertrieben wurden etc. eine Entschädigung zuteil werden lassen.

Was das Memorandum des Reparationsagenten Parler Gilberth anbelange, so stehe außer Zweifel, daß es einige Mängel enthalte. Was darin gesagt worden

ohne Rücksicht auf die Aufnahmefähigkeit des eigenen Landes und des Weltmarktes. Unter der Devise „Schutz der nationalen Kriegsindustrie“ hat man neben Einfuhrverboten und anderen Erschwerungen Zollmauern an den Grenzen aufgebaut, die für uns vielfach unübersteigbar sind. Es wird noch viel Zeit vergehen, bis sich wieder ein gewisser Gleichgewichtszustand herausgebildet hat.

Die Wiener Blätter zum Besuch Dr. Marx' und Dr. Stresemann

Wien, 12. Nov. Da wegen des heutigen Staatsfeiertages und morgigen Sonntags bis Montag nachmittag keine Tageszeitungen erscheinen, entbieten einige Blätter bereits heute den am Montag früh eintreffenden Gästen aus dem Reich ein herzliches Willkommen. Die „Reichspost“ schreibt: In Dr. Marx und Dr. Stresemann begrüßt Österreich die führenden Staatsmänner des großen Bruderreiches, mit dem sie Volksgemeinschaft und ein ähnliches Schicksal verbinden. Unbeirrt durch die Widerstände von rechts und links hat Dr. Marx während der schweren Krisenjahre als Führer der Zentrumspartei und als Reichskanzler mit unbeirrbarer Folgerichtigkeit die gerade Linie eingehalten, welche dem Ziele der Wiederaufrichtung entgegenführt. Als Leiter der Außenpolitik hat Minister des Reichs Dr. Stresemann mit der Friedensoffensive im Jahre 1925 den Weg, welcher schließlich nach Locarno und zu Deutschlands Eintritt in den Völkerbund führte. Wohl haben sich nicht alle daran geknüpften Erwartungen erfüllt, noch hat die Räumung der ersten Rheinlandzone keine Fortsetzung erfahren und immer noch sind jenseits des Rheines Einzelfälle in der Mentalität von Versailles zu verzeichnen. Trotzdem ist schon Großes erreicht worden und das politische Niveau Europas und insbesondere die internationale Stellung Deutschlands ist vom Jahre 1923 bis 1927 um ein gewaltiges gehoben worden. Die „Neue Freie Presse“ sagt: Es ist unnötig, zu sagen, daß durch diesen Besuch die traditionelle Zusammengehörigkeit zwischen Österreich und dem Mutterlande verstärkt und gefördert wird. Dr. Marx und Dr. Stresemann sind heute nicht nur politische Persönlichkeiten wie andere, sie sind Symbole geworden weltgeschichtlicher Erneuerung, die lebendig gewordenen Bürgerschaften für Friedlichkeit, Verständigung und Treue gegenüber den republikanischen und demokratischen Gedanken. Die „Volkzeitung“ erklärt: Vorläufig haben die Großmächte noch die Macht, jeden Zusammenschluß zu vereiteln, aber vom Rhein bis zur Donau demonstriert die Tatsache, daß hier und dort Deutsche leben, die zueinander gehören und zueinander wollen. Mit diesem Gefühl der Zusammengehörigkeit und Schicksalsgemeinschaft begrüßen wir den deutschen Kanzler und den deutschen Außenminister in Wien und Österreich.

Die Heimatbundpresse im Elsaß mundtot gemacht. — Baron Jörn von Sulach zu 13 Monaten Gefängnis verurteilt

Paris, 13. Nov. (Eig. Tel.) Im gestrigen Ministerrat ist auf Antrag Poincarés beschlossen worden, einen Ausnahmestand für die im Elsaß erscheinenden Blätter zu schaffen, die das Programm des Heimatbundes vertreten. Der Verkauf und die Verbreitung der „Zukunft“, der „Volkstimme“ und der „Wahrheit“ auf dem gesamten französischen Gebiet ist verboten. Der Herausgeber der „Wahrheit“, Baron Jörn von Sulach ist gestern vom Strafgericht Straßburg wegen Beleidigung der Gerichte, die er solange für nicht zuständig erklärt, als im Elsaß nicht eine Volksabstimmung stattgefunden hat, zu 13 Monaten Gefängnis ohne Bewährungsfrist verurteilt worden.

Die Weggbauerin.

Roman aus dem Roman von Wolfgang Kemter. Copyright by W. & G. G. G., Berlin W. 30. Nachdruck verboten.

23. Fortsetzung.

Als Bartl sich endlich niederlegte, da war es schon drei Uhr morgens.

Lukas Leutner wusch sich oben am Laubbrunnen im Hofe, als ein etwa sechzehnjähriger Bub den Weg, der hinter dem Leutnerhofe die Halde hinaufführte, niederstieg und in den Hof einbog.

„Bauer“, begann er, sofortlich auf Lukas Leutner zutretend, „der Christoph schickt mir, er glaubt, wir haben die Seuche auf der Alp. Ihr sollt gleich hinaufkommen und dem Tierarzt Bericht tun.“

Eine Welle karrte Lukas Leutner den Burschen erschrocken an.

Unter der kurzen Bezeichnung „die Seuche“ verstand man in bäuerlichen Kreisen die gefährliche „Ferkelkrankheit“, die Maul- und Klauenseuche, die schon seit Jahren immer wieder im Lande wütete und nie mehr so recht erlöschen wollte.

Leutner war leicht erbläht. Zu gut konnte er die Bedeutung dieser Nachricht, die ihm der junge Bursch gebracht hatte. Jetzt, in der besten Zeit auf der Alp, wo nur Mühsal waren, die Seuche, das wäre ein nicht abschätzbares Unglück.

„Was redst, Bub, die Seuche hab' ihr auf Tannegg?“ „Der Christoph weiß es no nit g'woiß, aber er fürcht'et. Dem Blachfellner sei Scheiß ist krank, und dem Christoph g'fällt die Sach nur halb. Drum solltet ihr aufkommen. Dem Blachfellner hab' ich scho g'meldet, er geht a mit und wird glei da sein.“

Leutner war Altschnepper auf Tannegg, von den Rechts-Bestyrern aus drei Jahre gewählet, an ihn hatte sich der Seun in allen Alpfachen zu wenden. Er überlegte nur kurz, dann sprach er: „Zieh er, Bub, i ha bald a richt'et.“

In diesem Augenblicke trat ein Mann aus der Straße daher.

Leutner rief einem älteren Knecht zu: „Peter, du spannst sofort ein und fährst nach Kirchberg zum Herrn Tierarzt auf. Auf Tannegg sei a Kuh krank, und der Seun meint, es könnt die Seuche sein. Der Herr Doktor soll so gut sein und heut noch kommen.“

„Is recht, Bauer, in zehn Minuten fahr i.“

„Guten Morgen“, rief der Blachfellner. „Lukas, hast a scho g'hört, dös wäre a Schickel, jetzt, wo die Vent so auf Milch, Butter und Räs angewiesen sind. Und grad auf unserer besten Milchalp. Dös hätt und g'sieht.“

„Wär schlimm“, meinte Lukas zustimmend, „hoffentlich täuscht sich der Christoph.“

„Is a alter Seun, der Christoph“, meinte der Blachfellner zweifelnd, „aber i zahl'et an Eiter Not, wenns nit wär.“

Wenig später stiegen die beiden Bauern zu Berg. Der Alpbiz, ein Schönwälder Kind, war noch auf einen Sprung zu seinen Eltern geeilt, die Männer sollten nicht auf ihn warten, hatte er gemeint, er komme bald nach.

Als der Bartl dann aus der Kammer kam, etwas später wie gewöhnlich, da war sein Vater schon fort. Bartl ging also zum Palmhofer, um den Hund abzuholen.

Während er das Tier an eine Schnur band, traf Kathrin, eine der Schwestern des Palmhofers, zu den Männern und fragte: „Bartl, ist der krumme Gruber nicht mehr bei der Thurnerin?“

„Na“, erwiderte Bartl, „mit dem Burschen wars nit viel.“

„Ja, dös glaub i“, lachte Kathrin, „dort oben hat er's wohl z'leicht g'habt, da hat er ja förmlich vom Fenster aus schiefen können.“

„Dös hast richtig erraten, Kathrin.“

„Wied dem Blachfellner leid sein.“

Der Palmhofer fiel mit gerunzelter Stirne seiner Schwester ins Wort: „Kathrin, red loan Unsinn.“

Diese aber rief: „Ach was, wahr is. I hab's mit meinen Augen gesehen und muß es niemandem nachsagen.“

Bartl fragte erstaunt: „Der Blachfellner?“

„Duan anderen. Er und der Gruber Pept, die kennen sich gut. Der Blachfellner hat dem Pept 'n Hund abgekauft.“

„Kathrin“, meinte der Palmhofer wieder, dem es nicht angenehm war, daß seine Schwester so vor dem Jäger daherredet.

„Lass mi, der Bartl macht loan Gebrauch davon, und wissen darz ers. Beißt, Bartl, es war reiner Zufall, daß i eines Tags scho um drei in der Früh aufgewesen bin, wie i zum Fenster aufsteh schau — es ist scho ziemlich hell g'wesen — da hab i grad den Gruber mit an g'fallten Rucksack zum Blachfellnerhof einschleichen g'sehen. Außer ist er mit an leeren Rucksack, dös könnt i beschödnern.“

„Ah, da schau her“, erkaunte sich der Bartl, „so einer ist der Blachfellner, schau, schau, gut, daß ich weiß, i dank dir, Kathrin.“

„Wirf uns Ständ und Wäng machen“, meinte der Palmhofer.

Bartl beruhigte ihn.

„Bedor i einschreit, muß i selbst was g'sehen haben. Aber für den Fingerzeig bin i der Kathrin dankbar. Lebt's wohl mitammen.“

Bartl stieg mit seinem vierfüßigen Begleiter zum Windegg hinauf, wo der Franzl vor Freude über den schönen Hund einen Kultstörung nach dem anderen machte und mit dem gutmütigen Tiere alsbald innige Freundschaft schloß. Brigitta dankte Bartl und lobte den Hund, der ihr sehr gefiel. Auch der Maurer Hans trat herzu und freigesellte die Dogge.

„Sapperlot“, meinte er, „dös ist aber a stolzer Hund. Na, Franzl, was meinst, der Tyras braucht a Hüten. Heut nach Feierabend gimmern wir ihm eine.“

„Kannst du das, Hans?“ fragte Brigitta.

Bartl lachte. „Wirft no raumen, Brigitta, was der Hans alles kann. A Schlosser und a Tischler ist an ihm verloreng g'gangen.“

„Na“, meinte der Knecht in seiner bescheidenen Art, „jetzt überreißt der Bartl. Aber a bissle von jedem Handwerk sollt ma in den Bergen heroben scho verstehen, man tut sie leichter.“

„Dös ist freilich wahr und a große Hülf“, gab Brigitta erseunt zu. Sie lockte den Hund zu sich, fuhr ihm mit der Hand liebevoll über den Kopf und Rücken und holte sich ein wenig Milch aus der Kanne.

(Fortsetzung folgt.)



sei, hätte eigentlich eine oberste Stelle im Reich sagen müssen. Aber es gäbe bei uns in Deutschland ja kein Korrektiv gegen den Reichstag, wie z. B. in England durch das Oberhaus und in anderen Ländern durch ähnliche Einrichtungen. Wir haben in Deutschland den Parlamentarismus in voller Hemmungslosigkeit. Das was der Reparationsagent gesagt habe, hätte eigentlich ein Oberhaus sagen müssen. Daß mehr geipart werden müsse, sei richtig. Es sei notwendig, sich die Frage vorzulegen, ob nicht eine Verfassungsänderung notwendig sei, damit etwa im Reichsrat und Reichswirtschaftsrat eine Einrichtung geschaffen wird, die, ähnlich dem Oberhaus, über dem Reichstag stehe.

Weitere Ausführungen des Redners galten der württembergischen Politik. Der Redner schilderte den württembergischen Etat, in dem auch eine Förderung der Wirtschaft vorgezogen sei. Die Kulturerhaltung erfordere den größten Aufwand in Württemberg. Recht erhebliche Mittel sind im Etat diesmal für die Gewerbeschule vorgezogen, weniger neue Mittel für das Volksschulwesen. Im Justizdepartement, wo man immer geklagt habe, sind Mehraufwendungen vorgezogen, die sich durch Mehreinnahmen jedoch wieder ausgleichen werden. Im Departement des Innern sind besonders hohe Aufwendungen für Staatsstraßen und Eisenbahnen vorgezogen. Im großen und ganzen bietet der Etat kein übles Bild, doch habe er einen Schönheitsfehler, er weise ein Defizit von 10 Millionen Mark auf. Daß der Etat in dieser Weise vom Finanzminister aufgestellt sei, hänge wohl mit dem Besoldungsgesetz zusammen und mit dem Kampf um die Mehrsteuerüberlassung aus dem Reich. Wenn der Kampf zwischen Reich und Länder beendet sei, dann werde derjenige zwischen Ländern und Gemeinden beginnen. Die Klagen der württ. Gemeinden seien tatsächlich nicht unbegründet, die anderen Länder stellen sich besser zu den Gemeinden.

Der Redner machte dann noch einen Streifzug durch die Gemeindeordnung, kam auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes zu sprechen und führte u. a. aus, daß man nun an die Elektrifizierung der Bahnen herantrete und daß das Ministerium auch der Gasversorgung ihre Aufmerksamkeit schenke. Bezüglich einer neuen Oberamts-einteilung sei es kein Zweifel, daß die bestehenden Verhältnisse zu einer Aenderung zwingen. Es sei nicht einzusehen, daß fast unmögliche Zustände dauernd bestehen bleiben sollen. Man müsse endlich Wandel schaffen. So wie es bisher sei, könne es unter gar keinen Umständen bleiben. Bei der letzten Landtagswahl habe diese Frage heringespült und es werde dies wohl auch bei der kommenden der Fall sein. Sie von der Deutschen Volkspartei seien mit allen Kräften auch für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes eingetreten und hätten gearbeitet in dem Sinne: das Vaterland über den Parteien, das Vaterland über alles!

Fabrikant Zimmermann dankte dem Redner unter lebhafter Zustimmung der Versammlung für seinen interessanten Vortrag, der in seiner Sachlichkeit, ohne jeden parteipolemischen Einschlag, den besten Eindruck hinterließ.

Es folgte noch eine Diskussion, bei welcher Landtagsabgeordneter Rath wiederholt das Wort ergriff und alsdann konnte der Vorsitzende die ruhig verlaufene Versammlung mit nochmaligem Dank an den Referenten schließen.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 14. November 1927.

Amtliches. (Die Approbation als Apotheker.) 25 Bewerber sind im Prüfungsjahr 1926/27 als Apotheker approbiert worden, u. a. A. Klump, Maria von Simmersfeld. Uebertragen wurde eine Lehrstelle an der evang. Volksschule in Schöndorff an H. Nagold dem Lehrer Otto Dreißner daselbst.

Der gestrige Sonntag brachte einen kräftigen Vorgeschmack des Winters. Die Natur bot durch den erfolgten Schneefall ein ganz winterliches Bild. Der Wald präsentierte sich in märchenhafter Schönheit und ihn durchzuwandern war ein reiner Genuß. Die Luft war freilich rau, besonders auf den Höhen. Das hielt aber die Musik- und Sangesfreunde der Umgebung von Altensteig nicht ab, zu dem Konzert des Musikvereins nach Altensteig zu kommen, das in der gut geheizten und dicht gefüllten Turnhalle vor sich ging. Wenn bei dem gebotenen Schumannschen Werk „Das Paradies und die Peri“ ein Orchester auch nicht mitwirken konnte, so war es doch ein großer Genuß, den der Musikverein bot. Hauptlehrer Duppel hat sich als Leiter wieder glänzend bewährt und sein Chor hat hervorragendes geleistet, was allerseits anerkannt wurde. Daß auch die auswärtigen Kräfte ihr Bestes boten und besonders Studentrat Schmid in Nagold an dem neuen Pfeifferschen Flügel seine Aufgabe in feinsinniger Weise erfüllte, war zu erwarten. Jedenfalls gab das Konzert des Musikvereins dem gestrigen Sonntag einen reichen Inhalt. — Abends sprach im Gemeindehaus Pfarrer Keppeler-Spielberg in trefflicher Weise über das Thema „Geist und Kirche“. Der Besuch war auch hier ein guter und es ist erfreulich, daß auch die heurigen Vorträge des Evang. Volkshandels wieder einen so großen Anklang finden. — Am kommenden Mittwoch spricht im Gemeindehaus Pfarrer Baumann-Besenfeld über das Thema „Geistesgaben“.

7. Die Hinterziehung von Branntweinsteuern. Die Zeitungsmeldungen über Verhängung von Geld- und Freiheitsstrafen wegen Hinterziehung von Verbrauchssteuern, insbesondere Branntweinmonopolabgabe, mehrten sich in

letzter Zeit in bedenklicher Weise. Dabei ist zu beachten, daß nur ganz selten eine Veröffentlichung des Straffalles vom Gericht selbst verfügt wird, daß vielmehr in der Tagespresse im allgemeinen nur solche Fälle Erwähnung finden, die wegen ihres Umfangs oder wegen der Persönlichkeit des Defraudanten besonderes Interesse bieten. Für die Branntweinbrenner ist es aber vielleicht von Interesse, zu wissen, daß auch kleinere Fälle der Hinterziehung von Branntweinmonopolabgaben seit einigen Jahren bei unseren einheimischen Gerichten sehr häufig auf der Tagesordnung erscheinen, weil eben Vergehen gegen das Branntweinmonopolgesetz mit Gefängnis bedroht sind und fast immer in die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte fallen, während andere Steuervergehen in der Regel durch die Organe der Reichsfinanzverwaltung abgerollt werden. Auch wenn im einzelnen Fall nicht auf Freiheitsstrafe erkannt wird, sind beim Branntweinmonopol die Geldstrafen in der Regel so hoch, daß sie oft genug den Ruin der betreffenden Familie bedeuten. Wenn diese Erwägung den einen oder andern, den es angeht, zum Nachdenken veranlaßt, so ist der Zweck dieser Zeilen erreicht.

— **Berufskundliche Rundfunkvorträge.** Das Landesamt für Arbeitsvermittlung teilt mit: Um einem in weiten Kreisen der Eltern und der heranwachsenden Jugend vielfach zu Tage tretenden Bedürfnis nach Aufklärung in beruflichen Fragen entgegenzukommen, hat der Süddeutsche Rundfunk in den letzten Monaten in Verbindung mit dem Stuttgarter Arbeitsamt wiederholt berufskundliche Vorträge gebracht. In nächster Zeit werden nun die Landesarbeitsämter von Württemberg und Baden eine fortlaufende Reihe von Vorträgen veranstalten, die jeweils Mittwochs um 18.45 Uhr stattfinden und teils der Aufklärung über Aufgaben und Arbeit der Berufsberatung, teils der Verbreitung berufskundlicher Kenntnisse dienen sollen. Der erste am 16. November stattfindende Vortrag behandelt die Frage: „Warum brauchen wir eine öffentliche Berufsberatung?“ Soweit die Vorträge einzelne Berufe behandeln, werden württembergische und badische Verhältnisse in gleicher Weise berücksichtigt werden. Die Vorträge dürften für die vor der Berufswahl stehenden Schüler und Schülerinnen sowie für deren Eltern von Interesse sein.

Neuenbürg, 12. Nov. Bei dem gestern stattgehabten Verkauf des bisherigen Oberamtsgebäudes, das zu 45 000 Mark ausbezogen wurde, gab nach längerem Steigern zwischen dem Vertreter der Oberamts-sparkasse und der Gewerbank der Vertreter der letzteren das Höchstgebot mit 58 100 Mark ab. Die Bedingungen sind: Ein Drittel Anzahlung bei der Auffassung, der Rest in vier Jahresraten, nicht über 12 v. H. verzinsbar. Das Staatsrentamt Hirsau behält sich den endgültigen Zuschlag vor.

Neuenbürg, 11. Nov. Seltenes Waldmannsglück hatte heute vormittag Herr Karl Schöndorfer hier, der im Waldteil Neue Weinsteige der Jagd oblag. Als vier Hirschkühe über eine Lichtung wechselfen, gab er rasch einen Schuß ab und hatte dabei das Glück, mit diesem einen Schuß zwei Stück, eine Hirschkuh mit Kalb, zu erlegen. Kein Jägerglück!

Stuttgart, 12. Nov. (Zusammenschluß im Versicherungsgewerbe.) Die außerordentliche Generalversammlung der Allianz-Versicherungsgesellschaft genehmigte den Fusionsvertrag mit der Stuttgarter Vereinsversicherungsgesellschaft, der Stuttgarter Berliner Versicherungsgesellschaft und der Brandenburger Spiegelglasversicherungsgesellschaft. Die Gesellschaft heißt in Zukunft „Allianz- und Stuttgarter Vereinsversicherungsgesellschaft“. Das Kapital soll durch zweimalige Erhöhung auf 60 Millionen M. gebracht werden. Vorsitzender des Aufsichtsrats wurde Kommerzienrat Dr. Max Geisler. Außerdem wurde der Fusionsvertrag zwischen der Stuttgarter Lebensversicherungsbank AG. und Allianz-Versicherungsbank AG. in Berlin genehmigt. Die Firma ist nunmehr „Allianz- und Stuttgarter Lebensversicherungsbank AG.“ Sie hat ihren Sitz in Stuttgart. Die Generaldirektor Dörner ausführt, handelt es sich nicht um Sanierungsbedürfnisse, sondern nur darum, im Inland ein nach Kapital und Organisation überragendes Gebilde herzustellen und im Ausland konkurrenzfähig zu sein. An der Spitze des Aufsichtsrats steht Rechtsanwalt Dr. a. Kraut-Stuttgart.

Gedenktag für die Gefallenen. Der Staatsanzeiger vom 12. November 1927 enthält in seinem amtlichen Teil folgende Bekanntmachung: Gedenktag für die Opfer des Weltkrieges. Der jährlich wiederkehrende Gedenktag für die Opfer des Weltkrieges ist in Württemberg auf den Totensonntag festgesetzt; er wird in diesem Jahr am Sonntag, den 20. November, feierlich begangen werden. Der Bedeutung des Tages entsprechend, an dem sich unser Volk einmütig um seine Toten schart und in Treue und Dankbarkeit der schweren Kriegsoffer gedenkt, werden besondere öffentliche Feiern veranstaltet werden. In Stuttgart soll die Feier schon am Vorabend des Gedenktages stattfinden. Die staatlichen Gebäude haben am Gedenktag selbst, in Stuttgart auch am Vorabend, in den Landes- oder Reichsflaggen halbmast oder mit Trauerflor zu schlagen. Es wäre erwünscht, wenn auch die übrigen Gebäude möglichst allgemein in gleicher Weise besetzt würden. Die Kirchen werden des Tages im Gottesdienst gedenken und ein allgemeines Trauergeläute ertönen lassen.

Kornwestheim, 12. Nov. (Den Bauch aufgeschlitzt.) Ein Arbeiter des Schlossermeisters Gürt verunglückte dadurch, daß er beim Befestigen von Klöben in der Hestentafelischen Møhlerlei ausrutschte. Dabei versing er sich in einem Fleischhaken, der ihm den Bauch aufschlitzte. Der Bedauernswerte wurde sofort in das Ludwigsburger Krankenhaus verbracht.

Kutesheim O. Leonberg, 12. Nov. (Unfall.) Beim Abladen von Brettern auf dem Lagerplatz der Sägerei Jakob Berner verunglückte der Arbeiter Ernst Duppel dadurch, daß der mit Brettern beladene Karren umkippte und Duppel unter sich begrub. Er mußte mit schweren inneren und äußeren Verletzungen ins Bezirkskrankenhaus verbracht werden.

Steinheim O. Heidenheim, 12. Nov. (Vom Unglück verfolgt.) Vom Unglück verfolgt ist die hiesige Familie Kopp. Noch ist kein Jahr vergangen, daß der Sohn Georg beim Baden ertrunken ist. Nun ist auch der Vater, Johann Georg Kopp, Landwirt und Fuhrmann, durch einen Unglücksfall auf tragische Weise ums Leben gekommen. Er war in seiner an der Heidenheimer Straße gelegenen Sandgrube mit dem Graben von Sand beschäftigt, als sich große Erdmassen lösten und den ahnungslos Arbeitenden unter sich begruben. Der Unglücksfall wurde erst nach längerer Zeit bekannt. Die sofort eingeleiteten Ausgrabungsarbeiten konnten Kopp nur noch als Leiche zu Tage fördern. Der Todesfall ist um so tragischer, als ein Bruder des Verstorbenen im vergangenen Frühjahr einen Schlaganfall mit tödlichem Verlauf erlitt. Ein anderer Bruder kam vor wenigen Jahren bei einem Eisenbahnunglück in Amerika ums Leben.

Mühlacker, 12. Nov. (Motorradunfall.) Donnerstagsabend fuhr auf der Straße Zillingen-Mühlacker ein von Zillingen kommendes Motorrad von hinten auf ein unbeleuchtetes Fuhrwerk auf. Während der Fahrer mit leichteren Verletzungen davonkam, mußte der Mitfahrende schwer verletzt ins Krankenhaus Mühlacker abgeführt werden. Das Motorrad wurde zertrümmert.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Schwerer Unfall des Sängers Michael Bohnen. Im Ufa-Keller Neubabelsberg wird gegenwärtig ein Großfilm gedreht. Dabei muß Michael Bohnen vor seinen Verfolgern flüchten. Er mußte eine Fensterscheibe aufreißen, um hinauszufliehen. Dabei fiel eine Fensterscheibe heraus und auf seinen linken Unterarm und durchschnitt die Hauptader bis auf den Knochen. Die Aufnahmen wurden abgebrochen. Die Verwundung ist ziemlich schwerer Natur.

Ein neuer Anschlag gegen das „Deutsche Haus“ in Prag. In der Nacht auf Freitag wurde von bisher unbekanntem Tätern ein neuer Anschlag auf die seit kurzem am „Deutschen Haus“ auf dem Graben angebrachte deutsche Aufschrifttafel, die bereits vor einigen Monaten beschädigt worden war, verübt. Das diesmalige Attentat wurde mit Salpetersäure ausgeführt. Durch die Wirkung der Säure wurde die Tafel schwer verunstaltet. Die Polizei hat einen Patrouillen-Dienst vor dem Hause eingerichtet.

Verhaftung eines aus Halle geflüchteten Zigarrenhändlers in Wien. Der vom Polizeipräsidenten Halle a. Saale verfolgte Zigarrenhändler Reichardt, der für etwa 100 000 Mark Tabak von verschiedenen Firmen ohne Bezahlung bezogen, diesen weit unter dem Preise verkauft hatte und mit dem Erlös im November v. J. aus Halle geflüchtet war, wurde in Wien verhaftet. Er hatte etwa 20 000 M. bares Geld bei sich. Nach seiner Flucht aus Halle hatte er sich in Portugal, Spanien und Italien aufgehalten und war schließlich nach Wien gekommen.

Gesicht auf den Salomon-Inseln. Die wegen der Ermordung von Steuerbeamten entsandte Strafexpedition hatte einen Zusammenstoß mit Eingeborenen, wobei nach einer bis jetzt noch nicht bestätigten Meldung zwei Eingeborene getötet und zwölf gefangen genommen wurden.

Gerichtssaal

Sittlichkeitsverbrechen

Nagold, 12. Nov. Das Amtsgericht hat einen 57 Jahre alten Mann aus München, der sich hier auf der Durchreise befand und sich am 4. Oktober Kindern und Besanten im Klebeweg in abscheulicher Weise geigte, wegen Sittlichkeitsverbrechen zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Nächtlicher Überfall

Nordheim O. Bradenheim, 12. Nov. Der Überfall, der vor einigen Wochen nachts auf ein vom Ausbeimtörenden Mädchen ausgeführt wurde, fand am Dienstag vor dem Schöffengericht Heilbronn seine Sühne. Der von der Landjägermannschaft ermittelte Täter, Hermann Knoll von hier, wurde zu ein Jahr vier Monate Gefängnis verurteilt.

Vom Büchertisch

Wie die früher schon erschienenen vier Bücher unseres Landsmannes, Oberlehrer Gottlob Fr. Hummel (früher in Altensteig und Gaugenwald), so wurde auch dessen neuestes Werk, der heimatsgeschichtliche Roman „Der Wetterbanner“ dem Schillernationalmuseum zu Marbach einverleibt. Geheimrat Professor Dr. v. Güntter, Vorsitzender des Schwäb. Schillervereins, schreibt über letztgenanntes Buch u. a.: „Die Stadt, in der der Roman spielt, darf sich freuen, ein so lebensvolles Bild aus ihrer Vergangenheit erhalten zu haben. In einer Reihe gut gezeichnet und gezeichnete Gestalten, unter denen die des Titelhelden leuchtend emporragt, wird dem Leser die ganze unruhig bewegte Zeit ebenso gegenwärtig wie die schöne örtliche Umgebung in den mit feinem Sinn gegebenen Naturbeschreibungen. Es ist ein Heimatbuch, das auch über den Kreis von Ebingen hinaus ein Volksbuch zu werden verdient. Aus der Liebe zur Heimat ist es erwachsen; Liebe zur Heimat wird es stärken; und mit dem gesunden Empfinden, von dem es durchweht ist, kann es auch wirksam werden, tüchtige Gefinnung zu erwecken... wie es ja auch da und dort einen sich ungesucht ergebenden Wink für die Gegenwart enthält.“

Das Buch kann durch die W. Kieker'sche Buchhandlung, Inhaber L. Kauf, bezogen werden.

Handel und Verkehr

Wöchentliche Berliner Preisliste vom 11. und 12. November

	Gold	Silber	Neud.	Neud.
Buenos Aires (100 Pes.)	1,967	1,791	1,767	1,791
Bombay (100 Rupee)	20,404	20,444	20,400	20,448
Bombay (100 Rupee)	4,1886	4,1906	4,1880	4,1900
Bombay (100 Rupee)	108,92	109,26	109,00	109,34
Bombay (100 Rupee)	56,405	56,595	56,505	56,516
Bombay (100 Rupee)	22,78	22,77	22,78	22,82
Bombay (100 Rupee)	112,26	112,47	112,26	112,48
Bombay (100 Rupee)	110,61	110,73	110,65	110,77
Bombay (100 Rupee)	16,45	16,49	16,45	16,485
Bombay (100 Rupee)	12,416	12,420	12,410	12,428
Bombay (100 Rupee)	80,75	80,81	80,78	80,84
Bombay (100 Rupee)	71,87	71,81	71,80	71,87
Bombay (100 Rupee)	112,71	112,66	112,71	112,66
Bombay (100 Rupee)	69,11	69,26	69,005	69,128

Wirtschaft

Generalversammlung der Gebr. Junghans N.-G. Schramberg. Die Generalversammlung der Aktienfabrik Gebr. Junghans N.-G. Schramberg genehmigte die Gewinn- und Verlustrechnung, die auf das Abrechnungs- und nominell etwa 12,5 Millionen Mark eine Dividende von 4 Prozent bei einem Gewinn von circa 500 000 Mark angibt. Die Höhe der Dividende ist einmal beeinflusst von den niedrigen Preisen des vergangenen Geschäftsjahres und andererseits von der Höhe der Kosten infolge der Umstellung. Der Geschäftsgang im neuen Jahre ist sehr gut. Der Zusammenstoß hat sich schon in den ersten Monaten dadurch bewährt, daß auf dem Warenmarkt geländere Verhältnisse sich zeigen konnten.

Die großbritannische Handelsbilanz. Während der ersten 10 Monate des Jahres 1927 betrug die Einfuhr Großbritanniens 1006 Millionen Pfund Sterling, d. h. 9 Milliarden weniger als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1926. Der Wert der Ausfuhr hat sich dagegen gegenüber 1926 um 30 Millionen erhöht und erreicht 679 Millionen Pfund Sterling. Diese Zahlen dürften die Meinung bekräftigen, daß sich der britische Handel auf dem Wege der Besserung befindet. Die Hauptursache dieser Besserung ist die wachsende Wiederherstellung der ausländischen Märkte durch die britische Kolie.

Wörter

Berliner Börsen vom 12. Nov. Zum heutigen Wochenschluß zeigte die Coctulation Deckungsbedürfnis. Der gestrige Termin hatte nicht mehr in dem gestrigen Kaufmarkt Exzessivverhältnisse zur Folge gehabt. Schon vorüberlich hatte man mehrere Prozent höhere Kurse gefordert, doch war die Tendenz auch zum offiziellen Beginn zunächst noch recht unsicher, zumal neue Anordnungen nicht vorliegen. Die Börse beschäftigte sich in ihren Diskussionen u. a. mit der inneren Politik und den Auswärtigen Beziehungen des Reiches mit der Deutschen Volkspartei. Der vorliegende Wahlkreisbericht hat keine Anordnungen. Die Nachrichten über die Arbeitslosenverhältnisse in Amerika lauteten dagegen etwas optimistisch, auch für die deutschen Arbeiter hat sich drüber die Stimmung anscheinend wieder etwas gebessert. Trotz der Berücksichtigung des bei den Terminbörsen auf den Kursen liegenden Materials waren auf fast allen Märkten gegen gestern kleinere Gewinne festzustellen.

Märkte

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 12. Nov. Edeläpfel 16-20, Tafeläpfel 10-16, Spätkäpfeln 20-28, Tafelbirnen 10-20, Bohnen 20-40, Karoffeln 4,5-6,5, Rapskohl 8-12, Endiviensalat 6-10, Wirsing (Rohkost) 0,6-0,8, Rindfleisch 2-2,5, Weiskraut rund 2-2,5, Rindfleisch 5-6, Blumenkohl 20-30, Rosenkohl 15-25, rote Rüben 6-8, gelbe Rüben 5-6, Karotten runde 1 Pfund 10-20, Spiegelei 0,5-0,8, 8-12, Reibsch 1 Pfund 3-7, Sellerie 1 Stück 10-20, Schwarzwurzel 10-20, Spinat 20-25, Mangold 8-10, Kohlraben 4-6, Stuttgarter Weiskrautmarkt auf dem Nordbahnhof vom 11. Nov. Zeit 9. November wurden neu eingeführt 18 Wagen, und zwar 3 aus Würtemberg, 3 aus Hessen, 3 aus Bayern, 1 aus Preußen, 7 aus Brandenburg, 1 aus der Tschechoslowakei. Nach auswärtig sind 5 Wagen abgegangen. Preis wagenweise für 10 000 Rgr. für Weiskraut aus Brandenburg 1020-1200 A, aus den übrigen Ländern 1040-1140 A. Im Kleinverkauf 3,70-4,20 A der 50 Rgr.

Fruchtschranne Nagold. Markt am 12. November 1927. Weizen 24,55 Ztr., Preis pro Ztr. 13-14,50 RM. Gerste 11,20 Ztr., Preis pro Ztr. 12-12,50 RM. Hafer 1,57 Ztr., Preis pro Ztr. 9,40 RM. Ackerbohnen 6,50 Ztr., Preis pro Ztr. 9,50 RM. Handel lebhaft. Einige Ztr. Weizen u. Dinkel sind noch in der Schranne aufgestellt. Nächster Fruchtmarkt am 19. d. M.

Letzte Nachrichten.

Abreise des Reichsanzlers nach Wien

Berlin, 13. Nov. Reichsanzler Dr. Marx hat sich heute abend 18.48 Uhr in Begleitung von Staatssekretär Dr. Pünder und Reichspresschef, Ministerialdirektor Dr. Zechlin nach Wien begeben. Der Reichsminister des Inneren, Dr. Stresemann, wird mit den Herren seiner Begleitung in Leipzig den Zug besteigen.

Ein deutscher Dampfer in Brand geraten

Berlin, 13. Nov. Der auf der Reise von Finnland nach Lübeck befindliche Dampfer „Nordland“ geriet unterwegs in Brand. Auf seine Notsignale eilte der Bergungsdampfer „Herkules“ herbei, dem es gelang, das Feuer zu löschen. Der Schaden ist beträchtlich.

Schweres Automobilunglück bei Celle. — Vier Tote

Hannover, 13. Nov. Ein schweres Automobilunglück ereignete sich gestern auf der Landstraße von Winjen an

der Aller nach Celle. Ein mit vier Personen besetzter Kraftwagen kam beim Passieren der Derzebrücke ins Gleiten, durchbrach das Brückengeländer, überfiel sich und stürzte in die Derze. Alle vier Insassen ertranken. Als Ursache des Unglücks wird ein Reifendefekt angenommen.

Amtsenthbung Smirnoffs

Moskau, 13. Nov. Wie die „Izwestija“ meldet, hat das Präsidium des Zentralexekutivkomitees beschlossen, den Volkskommissar für Post- und Telegraphenwesen, Smirnoff, seines Amtes zu entheben.

Der Rote Bannerorden für Klara Zetkin und Max Högl

Moskau, 13. Nov. In der Schlußsitzung des Kongresses der Freunde der Sowjetunion verlas der Volkskommissar für Krieg und Marine einen Befehl des revolutionären Kriegsrates, nach dem Klara Zetkin, Max Högl, Anté Marty, Jaques Sadoul, Bela Kun, Changkuatuo und Stanislaus Lanzuzi der Rote Bannerorden verliehen wurde.

Konfuzie

Firma J. B. Wolf u. Co. in Stuttgart, Fabrikation von Spezialseifen und Parfümerien. — Wilhelm Wolf, Friseurmeister in Stuttgart, Haargroßhandlung und Werkstätte für Haararbeiten. — Emil Kauffmann, gen. Hudson, bisheriger Inhaber des Zirkus Hudson, wohnhaft in Rürtingen, zur Zeit in Amsterdam.

Naturnahliches Wetter für Dienstag

Im Westen liegt Hochdruck, aber die Wetterlage wird noch von einer Depression im Süden beeinflusst. Für Dienstag ist immer noch zeitweise bedecktes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lau. Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Altensteig
Geschäfts-Verlegung
Meinen werten Geschäftsfreunden gebe ich hiermit bekannt, daß ich mein Geschäft ab 15. November in mein neu erworbenes Anwesen nach
Nagold, Bahnhofstraße 12
verlege.
Sämtliche Zuschriften erbitte ich wie unter bisheriger Firma, nur anstatt Altensteig „Nagold“.
Für das mir seither geschenkte Vertrauen danke ich bestens und bitte, mir daselbe auch weiterhin beibehalten zu wollen.
Wilhelm Frey
Kolonialwaren-Großhandlung

ZUR ANFERTIGUNG VON
Grabreden
ein Andenken an liebe Verstorbene empfiehlt sich die
W. Rieker'sche Buchdruckerei
Altensteig

Anlässlich meiner Auswanderung rufe ich allen Verwandten und Bekannten ein
herzl. Lebewohl
zu
Marie Rockenbach
Ettmannsweller

Kaisers Brust-Caramellen
mit den „3 Tannen“
schützen mich vor Erkältung, Husten und Katarrh! — Weder Regen, Schnee noch Kälte können Ihnen schaden, wenn Sie dieses seit 35 Jahren bewährte Hustenmittel bei sich haben. Schnell und sicher beseitigen Sie damit Husten, Heiserkeit, Katarrh, Verstopfung. Paket 40 Pfg., Dose 80 Pfg. Zu haben in Altensteig bei: Lorenz Luz jr., Jah. Eugen Beck, J. Wurster Nachf., Frig Eckhard. In Egenhausen bei: Chr. Beilharz, Kaltenbachs Nachf. In Pfalzgrafenweiler bei: Friedrich Jung und wo Plakate sichtbar.

Wolle Welle
haben zwei neue Ullstein-Sonderbette. Sport- und Straßenkleidung bringt die „Wolle-Welle F.“ wollene Handarbeiten „Wolle-Welle II“. Jedes Heft mit Musterbogen 75 Pfg.

Altensteig
Ia. Läufer- und Bodenriemen
aus schwed. und deutschen Tannen und Forchen, sowie
Ia. amerik. Pithje-Pine
Buchen- u. Eichenparkett- u. Langriemen
Künstl. Trocknung. Gutes Passen.
bei **G. Schneider am Bahnhof. Tel. Nr. 85**
Ia. Torfstreu und Torfmull
für Bauzwecke als Isoliermittel bei Hohlwänden, für Zwischendecken, Kühlräumen, Wasserleitungen jeder Art sowie als Streu- und Düngemittel für Gärtnereien etc.
Schlacken
grob und gestiebt zum Auffüllen der Balkenfuge und für Betonzwecke bei Obigem.

Sprechapparate
Plattenkästen, Platten
Nadeln für Sprechapparate
empfiehlt die
Fr. Lauk'sche Buchhandlung, Nagold.

Der Einkauf von Betten
im bewährten Aussteuergeschäft
Reinhold Hayer Altensteig
sichert Ihnen reelle, fachmännische Bedienung
Hauptpreislagen der Betten, bestehend aus Decke, Haipfel und Kissen, gut gefüllt.
Mk. 57,50, 63,—, 76,—, 85,—, 101,—
Weitere Zusammenstellungen bereitwilligst.

In beziehen durch die
W. Rieker'schen Buchhandlg., Altensteig

Suche
ein nicht zu junges
Mädchen
in die Schweiz.
Näheres zu erfragen bei
Frau Anna Rath
im Schloß in Egenhausen.

Aktenmappen
Brieftaschen
empfiehlt die
W. Rieker'sche Buch- u. Schreibwarenhandlg.